



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**169,01 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**75,33 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

85

Prozent der Verbraucher wollen laut einer aktuellen Umfrage planbare Energiekosten. Knapp ein Drittel wünscht sich mehr Informationen über Tarife und Preisgarantien.

EFFIZIENZ

Studie fordert Umbau der Energiepreis-Entlastungen

WASSERSTOFF-
PRODUKTION

Reallabor H2-Whylen testet flexible Elektrolyse

PHOTOVOLTAIK

Solaranbieter EKD meldet Insolvenz an

Inhalt

TOP-THEMA

→ **POLITIK:** Rechnungshof kritisiert Energie- und Förderpolitik

POLITIK & RECHT

- **EFFIZIENZ:** Studie fordert Umbau der Energiepreis-Entlastungen
- **POLITIK:** Regierung weist Bundesratsforderungen zum EEG zurück
- **WASSERSTOFF:** Fünf Länder treiben „SouthH2-Korridor“ voran

HANDEL & MARKT

- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Ocean Breeze Energy übernimmt Alpha Ventus
- **STROM:** Umfrage zeigt Wunsch nach planbaren Energiekosten
- **STATISTIK DES TAGES:** Stromerzeugung in der Europäischen Union

TECHNIK

- **WASSERSTOFFPRODUKTION:** Reallabor H2-Whylen testet flexible Elektrolyse
- **PHOTOVOLTAIK:** Agri-PV statt Truppenübungen
- **EFFIZIENZ:** Unocconi hebt ungenutztes Abwärmepotenzial

UNTERNEHMEN

- **PHOTOVOLTAIK:** Solaranbieter EKD meldet Insolvenz an

- **STADTWERKE:** Gera schließt nach zwölf Jahren Insolvenz erfolgreich ab
 - **ÜBERNAHME:** Ista erweitert sein Angebot für Wohngebäude
 - **STROMSPEICHER:** Wärtsilä und RCT Solutions gründen Speicherintegrator Valo
 - **WIRTSCHAFT:** PV-Firma scheitert mit Finanzierungskampagne
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Sorge vor neuer Angriffswelle prägt Märkte
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Rechnungshof kritisiert Energie- und Förderpolitik



Quelle: Shutterstock / nitpicker

POLITIK. Das Statistische Bundesamt meldet ein deutlich gestiegenes Haushaltsdefizit. Zugleich kritisiert der Bundesrechnungshof die Ausgabenplanung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Der öffentliche Gesamthaushalt hat im ersten Halbjahr 2026 ein Finanzierungsdefizit von 98,8 Milliarden Euro verzeichnet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, lag das Minus in den Kern- und Extrahaushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung damit deutlich über dem Vorjahreswert von 58,5 Milliarden Euro. Während die Einnahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 2025 um rund zwei Prozent zunahmen, stiegen die Ausgaben um rund sechs Prozent.

Zu den Faktoren, die den Haushalt belasteten, zählt Destatis staatliche Entlastungsmaßnahmen. Dazu gehören die Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft sowie die vorübergehende Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe. Der sogenannte Tankrabatt kostet laut Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) bis zu 7,5 Milliarden Euro für mittlerweile drei Tankrabatte in den 2020er Jahren.

Bund verzeichnet größtes Defizit

Besonders stark verschlechterte sich die Finanzlage des Bundes. Seine Ausgaben stiegen im ersten Halbjahr 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp zehn Prozent. Die Einnahmen sanken dagegen um fünf Prozent. Daraus ergab sich ein Finanzierungsdefizit von 72,3 Milliarden Euro. Nach Angaben von Destatis hat sich das Minus damit mehr als verdoppelt.

Auch bei den Ländern übertrafen die Ausgaben das Einnahmenwachstum. Ihr Finanzierungsdefizit erhöhte sich auf 6,3 Milliarden Euro. Die Gemeinden verzeichneten mit 20,1 Milliarden Euro weiterhin ein hohes Minus. Nach Angaben der Statistiker handelt es sich um den höchsten Fehlbetrag für eine erste Jahreshälfte seit der deutschen Wiedervereinigung 1990. Bei der Sozialversicherung hielten sich Einnahmen und Ausgaben dagegen nahezu die Waage.

Rechnungshof fordert Prioritäten bei Fördermitteln

Parallel zur angespannten Haushaltslage gerät die Ausgabenpolitik des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE) in die Kritik. Der Bundesrechnungshof (BRH) in Bonn, beanstandet in einem Bericht an den Haushaltsausschuss die Haushaltsplanung und einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen des Ressorts. Die Prüfer fordern unter anderem, Förderprogramme stärker zu priorisieren und deren Wirksamkeit systematisch zu überprüfen.

Ein Schwerpunkt der Kritik betrifft die Beteiligung des Bundes an Übertragungsnetzbetreibern. Nach Einschätzung des Rechnungshofs fehlten für den Einstieg über Geschäfte der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei drei Netzbetreibern ausreichende Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Zudem sieht die Behörde Probleme bei der haushalterischen Darstellung der damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben.

Auch die staatliche Unterstützung des schwedischen Batterieherstellers Northvolt steht in der Kritik. Der Bund hatte sich mit einer Wandelanleihe über 600 Millionen Euro engagiert. Nach der Insolvenz des Mutterkonzerns beziffert der Bericht den vorläufigen Schaden für den Bund auf rund 300 Millionen Euro. Der Rechnungshof bemängelt, dass die Risiken vor der Investition nicht ausreichend geprüft worden seien.

Zweifel an Zielerreichung der Energiewende

Darüber hinaus sieht der BRH strukturelle Probleme bei der Energiewende. Zwar wachsen die Erzeugungskapazitäten erneuerbarer Energien, insbesondere bei der Windkraft an Land. Die tatsächlich erzeugte Strommenge stagniere jedoch nahezu. Deshalb stellt die Behörde infrage, ob das gesetzliche Ausbauziel für 2030 erreicht werden kann.

Kritisch bewertet der Rechnungshof außerdem die Kosten der Stromversorgung und den schleppenden Netzausbau. Hohe Strompreise könnten nach Einschätzung der Prüfer sowohl die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland als auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende beeinträchtigen.

Auch die geplante Ausgestaltung des Kapazitätsmarkts und die Kraftwerksstrategie werfen aus Sicht der Behörde Fragen auf. Der vorgesehene Zeitplan biete potenziellen Bietern zu wenig Planungssicherheit, weil zentrale Ausgestaltungsfragen noch offen seien. Eine Umlage zur Finanzierung neuer Gaskraftwerke könnte zudem die Strompreise weiter erhöhen.

Die Kritik knüpft an einen Sonderbericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2024 an. Darin hatte die Behörde bereits auf Verzögerungen beim Ausbau erneuerbarer Energien und Risiken für die Versorgungssicherheit hingewiesen. Mit dem aktuellen Bericht rückt sie nun zusätzlich die Wirtschaftlichkeit staatlicher Beteiligungen, die Kontrolle von Fördermitteln und die langfristige Belastung des Bundeshaushalts in den Mittelpunkt. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

 POLITIK & RECHT

Studie zu Energiepreissubventionen. Quelle: FÖS

Studie fordert Umbau der Energiepreis-Entlastungen

EFFIZIENZ. Die Industrie erhält laut einer Studie jährlich 23 Milliarden Euro an Energiepreisentlastungen. Diese staatlichen Hilfen sollten an Energieeffizienz und Klimaschutz gebunden werden.

Die deutsche Industrie erhält jährlich rund 23 Milliarden Euro an staatlichen Entlastungen bei den Energiepreisen. Fast 10 Milliarden Euro davon sind nicht an ökologische Gegenleistungen gebunden. Das zeigt eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), erstellt im Auftrag des Umweltinstituts München und von Bellona Deutschland. Die Autoren sehen darin Fehlanreize, die Investitionen in Energieeffizienz bremsen können.

Die Ergebnisse stehen vor der anstehenden Reform des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG). Der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie berät am 5. Oktober über die geplanten Änderungen, die bestehende Effizienzvorgaben lockern sollen. Das FÖS warnt davor, die Anforderungen abzuschwächen, und fordert stattdessen eine stärkere Verknüpfung staatlicher Entlastungen mit Investitionen in die Transformation der Industrie.

„Unsere Analyse deckt ein deutliches Ungleichgewicht auf: Der Staat entlastet energieintensive Unternehmen massiv mit Milliardensummen, fordert aber noch zu selten im Gegenzug Investitionen, die den Energieverbrauch nachhaltig senken“, erklärt Florian Zerzawy, Teamleiter Energie beim FÖS und Hauptautor der Studie. Dadurch blieben wirtschaftliche Einsparpotenziale ungenutzt, obwohl sich entsprechende Maßnahmen gerade bei hohen Energiepreisen häufig schnell rechneten.

Einsparpotenzial von 29 Milliarden Euro jährlich

Frühere Studien zeigen laut FÖS, dass die deutsche Industrie ihren Energieverbrauch um etwa 40 Prozent reduzieren könnte. Die dafür erforderlichen Effizienzmaßnahmen seien wirtschaftlich rentabel und könnten langfristig rund 29 Milliarden Euro Energiekosten pro Jahr einsparen. Ein Teil dieses Potenzials bleibe jedoch ungenutzt, weil staatliche Entlastungen den Kostendruck auf Unternehmen verringerten und damit Investitionsanreize schwächten.

Auch dort, wo Unternehmen für staatliche Hilfen ökologische Gegenleistungen erbringen müssen, reichen die Vorgaben nach Einschätzung des FÖS häufig nicht aus. Sie bezögen sich teilweise nur auf einen Teil der gewährten Entlastungen oder beschränkten sich auf Maßnahmen mit besonders kurzen Amortisationszeiten. Damit würden nicht alle wirtschaftlich sinnvollen Effizienzmaßnahmen erfasst.

Die Studie unterscheidet zudem zwischen verschiedenen Arten von Subventionen. Entlastungen für fossile Energieträger könnten Effizienzanreize stärker beeinträchtigen als Strompreissubventionen. Auch Regelungen mit Schwellenwerten, die einen höheren Energieverbrauch begünstigen, sowie pauschale Entlastungen könnten Fehlanreize verstärken. Benchmarks und ökologische Gegenleistungen könnten diese Effekte zwar verringern, aber nicht vollständig ausgleichen.

Subventionen an Investitionen koppeln

Reformbedarf sieht das FÖS insbesondere bei Energie- und Stromsteuersubventionen, Netzentgelten und der Konzessionsabgabe. Unternehmen sollten nach Auffassung der Studienautoren verpflichtet werden, erhaltene Entlastungen in gleicher Höhe in Energieeffizienz- oder Klimaschutzmaßnahmen zu investieren. Allein bei diesen Entlastungen könnten so jährlich zunächst mehr als neun Milliarden Euro für die Transformation mobilisiert werden.



Energiepreissubventionen für die Industrie

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: FÖS

Als mögliche Grundlage für Verpflichtungen nennt das FÖS Maßnahmen, die Unternehmen bereits im Rahmen von Energie- oder Umweltmanagementsystemen identifiziert haben. Vergleichbare Anforderungen gebe es teilweise schon bei bestehenden Regelungen, etwa bei der Strompreiskompensation und der Carbon-Leakage-Verordnung.

Die Autoren plädieren dafür, frei werdende Mittel gezielt in Effizienzmaßnahmen und tiefgreifende Veränderungen industrieller Produktionsprozesse umzulenken. Dazu zählen etwa die Elektrifizierung von Prozesswärme und der Einsatz von Wasserstoff. Solche Technologien seien unter den aktuellen Marktbedingungen teilweise noch nicht vollständig wirtschaftlich.

Carolyn Schenuit, geschäftsführende Vorständin des FÖS, sieht Energieeffizienz deshalb auch als Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit. „Effizienz senkt dauerhaft die Energiekosten, verringert die Abhängigkeit von Energieimporten und schafft mehr Planungssicherheit“, sagte sie. Die Reform des EnEFG und die Ausgestaltung staatlicher Entlastungen sollten diese Potenziale nach Ansicht des FÖS stärker berücksichtigen.

Die [Studie zu Energiepreissubventionen und Effizienz des FÖS](#) steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management
Die Plattform für Entscheider der Energiewirtschaft

E&M präsentiert

Energiemanager-Konferenz 2026

Die Konferenz für Energie-Entscheider

 Wärmewende
  Grüne Gase
  Finanzierung
  Networking

 Mit führenden Stimmen aus Energiewirtschaft, Politik, Finanzierung und Industrie
 Top-Speaker. Starke Partner. Praxisnahe Lösungen.

 **08. Oktober 2026**
 Spreespeicher Berlin

Jetzt Ticket sichern →

energiemanager-online.de

499 €
zzgl. MwSt.
inkl. Mittagessen, Erfrischungen und Award-Abend

IDEEN HEUTE. ENERGIE MORGEN.
 SPREESPEICHER
 ENERGIE MENSCHEN MÄRKTE PERSPEKTIVEN
 STARKE IDEEN FÜR EINE SICHERE ENERGIEZUKUNFT.

Regierung weist Bundesratsforderungen zum EEG zurück



Quelle: Georg Eble

POLITIK. Der Bundesrat kritisierte die geplante Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wegen Nachteilen für Dach-PV, Direktvermarktung und Energy Sharing. Die Regierung weist dies nun zurück.

Der Bundesrat hatte umfangreiche Änderungen am Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefordert (wir berichteten). Die Länderkammer sieht insbesondere die Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien bei Unternehmen und Verbrauchern gefährdet. Die Einwände wurden in einer Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt. Die Bundesregierung lehnt die Vorschläge der Länder in ihrer Gegenäußerung vom 1. Oktober ab.

Mit dem Gesetzentwurf (21/7867) will die Bundesregierung die Förder- und Vermarktungsbedingungen für erneuerbare Energien neu ausrichten. Vorgesehen sind unter anderem Änderungen bei der Förderung von Photovoltaik, bei der Direktvermarktung und bei den Ausschreibungen für erneuerbare Energien.

Länder wollen Förderung von Dach-PV erhalten

Besonders kritisch bewertet der Bundesrat die geplante Abschaffung der Einspeisevergütung für neue Solaranlagen auf Dächern bis 2032. Die Länder fordern, den Ausbau von Photovoltaik auf Gebäuden weiterhin gezielt anzureizen. Sie wenden sich zudem gegen eine stärkere Verlagerung des PV-Zubaus von Dächern auf Freiflächen.

Die bisherige Zielsetzung, nach der der Zubau auf Gebäuden mindestens dem Ausbau auf Freiflächen entsprechen soll, müsse bestehen bleiben. Zur Begründung verweist die Länderkammer auf

Nutzungskonkurrenzen um verfügbare Flächen. Außerdem seien Dachanlagen wichtig, um die Akzeptanz der Energiewende zu sichern.

Direktvermarktung braucht technische Voraussetzungen

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die geplante Ausweitung der Direktvermarktung. Nach dem Gesetzentwurf sollen auch kleinere Anlagen schneller ihren Strom direkt vermarkten. Der Bundesrat hält die dafür erforderlichen technischen und marktlichen Voraussetzungen jedoch noch nicht für ausreichend entwickelt.

Es fehlten insbesondere flächendeckend verfügbare intelligente Messsysteme, sogenannte Smart Meter, sowie geeignete Dienstleister für die Vermarktung kleiner Strommengen. Eine beschleunigte Umstellung könne daher die Betreiber kleiner Anlagen vor praktische Schwierigkeiten stellen.

Länder wollen Energy Sharing erleichtern

Auch die gemeinschaftliche Eigenversorgung mit regional erzeugtem Ökostrom sieht der Bundesrat durch die geplanten Regelungen gefährdet. Die Länder fordern deshalb, das sogenannte Energy Sharing weiterzuentwickeln. Kommunen, Stadtwerke, kleine Unternehmen und insbesondere Bürgerenergiegesellschaften sollten solche Modelle einfacher umsetzen können.

Dazu müssten nach Ansicht der Länderkammer die Anforderungen an die Bilanzierung sowie die Marktkommunikation vereinheitlicht und digitalisiert werden. Auch bürokratische Vertragsprozesse sollten standardisiert werden, um den organisatorischen Aufwand für gemeinschaftliche Stromnutzungsmodelle zu verringern.

Die Bundesregierung folgt diesen Vorschlägen nicht. In ihrer Gegenäußerung lehnt sie die entsprechenden Forderungen der Länder ab. Damit bleiben die unterschiedlichen Positionen zur künftigen Ausgestaltung der Förderung und Vermarktung erneuerbarer Energien bestehen. Das Gesetz steht im Oktober zum Beschluss im Bundestag an. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Fünf Länder treiben „SouthH2-Korridor“ voran



Quelle: Shutterstock / petrmalinak

WASSERSTOFF. Deutschland, Algerien, Österreich, Italien und Tunesien haben in Algier eine politische Absichtserklärung zum Wasserstoffkorridor „SouthH2“ unterzeichnet.

Eine engere Koordination beim geplanten Wasserstofftransport zwischen Nordafrika und Europa wollen die Vertreter der Energieministerien von fünf Ländern anstoßen. Bei einer Ministerkonferenz in der algerischen Hauptstadt Algier unterzeichneten Vertreter aus Deutschland, Algerien, Österreich, Italien und Tunesien dazu eine gemeinsame politische Absichtserklärung. Deutschland vertrat Staatssekretär Frank Wetzel vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE).

Wie das BMWE mitteilt, wollen die beteiligten Staaten mit der Initiative „Südlicher Wasserstoffkorridor“, kurz „SouthH2“, insbesondere den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zwischen Nordafrika und Europa unterstützen. Auch Fernleitungsnetzbetreiber, Regulierungsbehörden, Finanzinstitutionen sowie Produzenten und potenzielle Abnehmer sollen stärker in die weitere Entwicklung eingebunden werden.

Künftig wollen sich die fünf Staaten, wie das BMW bekannt gibt, regelmäßig über den Aufbau des Wasserstoffkorridors abstimmen. Themen sollen unter anderem gemeinsame Rahmenbedingungen und Investitionen sowie die Einbindung von Netzbetreibern, Produzenten und Abnehmern sein. Zugleich wollen die Länder ihre Energieversorgung breiter aufstellen.

Eigenes Sekretariat soll Koordination unterstützen

Für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit soll zudem ein eigenes Sekretariat bei der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) entstehen. Die UN-Organisation mit Sitz in Wien unterstützt Staaten bei der industriellen Entwicklung.

Das geplante Sekretariat soll die Zusammenarbeit der fünf Staaten bündeln und Unternehmen frühzeitig einbeziehen. Es soll die Abstimmung zwischen Regierungen und Wirtschaft unterstützen und so die weitere Entwicklung des Wasserstoffkorridors erleichtern. Bei der Ministerkonferenz sprachen die Regierungen vor diesem Hintergrund auch mit Energieunternehmen aus den fünf Partnerländern. Im Mittelpunkt standen mögliche Projekte und Investitionen in Algerien, vor allem für grünen Wasserstoff und erneuerbare Energien.

Zusätzlich hat sich eine Industrieinitiative für den „Südlichen Wasserstoffkorridor“ gegründet. Sie soll vor allem Unternehmen auf der Abnehmerseite zusammenbringen und dazu beitragen, dass für künftige Wasserstoffprojekte eine belastbare Nachfrage entsteht.

Details zum SouthH2-Korridor

Nach Angaben der beteiligten Fernleitungsnetzbetreiber soll der SouthH2-Korridor rund 3.300 Kilometer lang werden und Nordafrika über Italien und Österreich mit Deutschland verbinden. Mehr als 65 Prozent der Leitungen sollen aus bestehender Gasinfrastruktur hervorgehen, die für Wasserstoff umgerüstet wird. Die Betreiber nennen ein Importpotenzial von mehr als 4 Millionen Tonnen grünem Wasserstoff pro Jahr. Vollständig in Betrieb gehen soll der Korridor in den frühen 2030er-Jahren. Die Angaben stammen von der gemeinsamen SouthH2-Projektinitiative der Netzbetreiber Snam, Trans Austria Gasleitung (TAG), Gas Connect Austria (GCA) und Bayernets.

Wasserstoff aus Algerien für Europa

Teil der Gespräche war auch das Projekt „Algeria to Europe Hydrogen Alliance“ (ALTEH2A). Es soll die Produktion von grünem Wasserstoff in Algerien ausbauen und den Energieträger über den Wasserstoffkorridor für den europäischen Markt verfügbar machen.

Eine Absichtserklärung für „ALTEH2A“ hatten Sonatrach, Sonelgaz, VNG, Snam, SeaCorridor und Verbund Green Hydrogen bereits im Oktober 2024 unterzeichnet. Das Projekt bringt damit Energieunternehmen aus Algerien und Europa zusammen. Nach Angaben des BMW soll es sich in die breitere Zusammenarbeit rund um „SouthH2“ einfügen.

Mit der nun vereinbarten politischen Erklärung schaffen die fünf beteiligten Staaten vor allem eine organisatorische Grundlage für die weitere Zusammenarbeit. (ds) // **VON DAVINA SPOHN**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Paul Biryukov

Ocean Breeze Energy übernimmt Alpha Ventus

WINDKRAFT OFFSHORE. Die Energieversorger EWE, RWE und Vattenfall haben ihre Anteile am Offshore-Windpark Alpha Ventus an Ocean Breeze Energy veräußert.

Eigentümerwechsel in der Nordsee: Der rund 45 Kilometer nördlich von Borkum gelegene Offshore-Windpark Alpha Ventus geht an die Projektgesellschaft Ocean Breeze Energy mit Sitz in Bremen. Wie das Unternehmen am 2. Oktober mitteilte, dient der Eigentümerwechsel dazu, den Windpark über die ursprünglich vorgesehene Laufzeit hinaus zu betreiben.

Die neue Eigentümerstruktur soll die vorhandene Infrastruktur möglichst lange für die Erzeugung erneuerbaren Stroms nutzbar machen. Über die finanziellen Details der Transaktion wurde Stillschweigen vereinbart.

„Als Deutschlands erster Offshore-Windpark hatte Alpha Ventus eine Schlüsselrolle. Das Projekt war ein einzigartiges Test- und Lernfeld für Technologien, Betriebs- und Wartungskonzepte sowie den Aufbau von Offshore-Kompetenz. Das Konsortium hat seine Ziele erreicht und Erkenntnisse gewonnen, die bis heute in moderne Offshore-Windprojekte einfließen“, sagt Jantje Bolduan, Offshore-Managerin bei der EWE AG. Nun haben EWE, RWE und Vattenfall ihre Anteile an dem Offshore-Projekt verkauft. Der Windpark wurde 2010 mit zwölf Anlagen und 60 MW Gesamtleistung in Betrieb genommen.

Ocean Breeze Energy plant den Weiterbetrieb über die vorgesehene Laufzeit von 20 Jahren hinaus, wie die Gesellschaft weiter mitteilte. Erfahrungen mit vergleichbarer Technologie im benachbarten Windpark „BARD“, betriebliche Synergien und eigene technische Lösungen würden dafür gute Voraussetzungen bieten. Bard Offshore 1 (BO1) gehört ebenfalls zu Ocean Breeze Energy.

Ocean Breeze Energy selbst befindet sich zu 100 Prozent im Besitz von Fonds, die von Macquarie Asset Management verwaltet werden. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management | WEBINAR

IDEEN.
HEUTE.
WIRKUNG
MORGEN.

Energievertrieb 2030:

Warum heutige Erfolgsmodelle morgen nicht mehr ausreichen.

01.12.2026
 Online
Mit **Benedikt Minge** und **Jan-Emanuel Brandt** von m3 management consulting GmbH



Jetzt kostenfrei anmelden >



Umfrage zeigt Wunsch nach planbaren Energiekosten



Quelle: Fotolia / galaxy67

STROM. Laut einer repräsentativen Eon-Umfrage legen 85 Prozent der Deutschen Wert auf planbare Energiekosten. Viele wollen sich zudem über Preisgarantien und Einsparmöglichkeiten informieren.

Schwankungen an den Energiemärkten erhöhen bei vielen Verbrauchern den Wunsch nach finanzieller Planungssicherheit. 85 Prozent der Menschen in Deutschland ist es aktuell wichtig, ihre Energiekosten verlässlich planen zu können.

Das geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor, die das Marktforschungsunternehmen Civey vom 21. bis 23. September 2026 im Auftrag der Eon Energie Deutschland GmbH durchgeführt hat. Dafür befragte Civey online 5.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren.

30 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Informationen zu Energietarifen und Preisgarantien. Martin Endress, der das Kundengeschäft in der Geschäftsführung von Eon Deutschland verantwortet, verweist auf das Bedürfnis nach Sicherheit angesichts schwankender Energiemärkte. Langfristige Preisgarantien könnten Verbrauchern helfen, ihre Kosten besser im Blick zu behalten, erklärte er.

Endress empfiehlt, Laufzeit und Preisgarantie bestehender Energieverträge rechtzeitig zu prüfen. Sein Unternehmen bietet nach eigenen Angaben einen Stromtarif mit einer 30-monatigen Preisgarantie an.

Interesse an Einsparmöglichkeiten

Neben planbaren Preisen interessieren sich die Befragten für verschiedene Möglichkeiten, ihre Energiekosten zu reduzieren. 28 Prozent wünschen sich mehr Informationen zur Senkung der Heizkosten, 27 Prozent zur Verringerung der Stromkosten. 24 Prozent interessieren sich für die eigene Stromerzeugung, während 22 Prozent mehr über Energiesparen im Alltag erfahren möchten.

Auch bei den eigenen Vorhaben für Herbst und Winter spielt ein geringerer Energieverbrauch eine Rolle. 40 Prozent der Befragten nehmen sich vor, beim Heizen Energie einzusparen. 33 Prozent wollen ihren

Stromverbrauch reduzieren. Weitere 32 Prozent planen, ihren Energieverbrauch insgesamt stärker zu beobachten. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

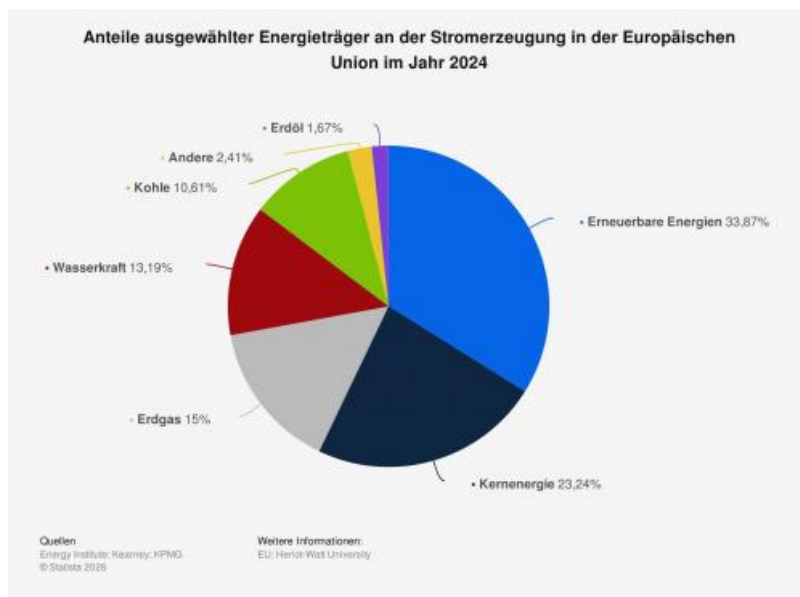
[^ Zum Inhalt](#)

Stromerzeugung in der Europäischen Union



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

In der EU deckten im Jahr 2024 die erneuerbaren Energien rund 33.87 Prozent der Stromerzeugung ab. Etwa 15 bzw. elf Prozent entfielen hingegen auf die fossilen Energieträger Erdgas und Kohle. Hinsichtlich der europäischen Stromerzeugung aus Windenergie nahm Deutschland ebenfalls im Jahr 2024 eine Vorreiterrolle ein. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

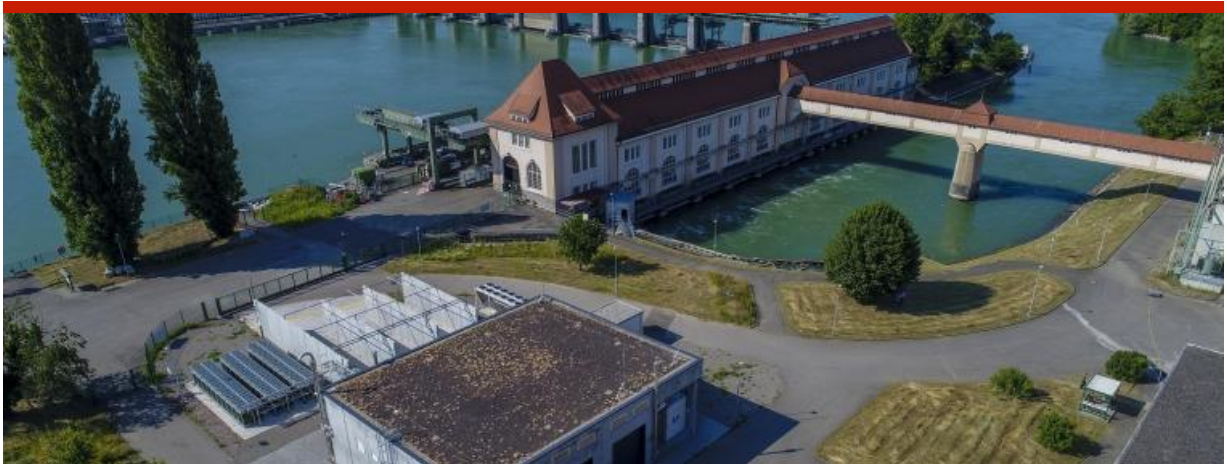


TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Wasserkraftwerk Wyhlen in Grenzach-Wyhlen. Quelle: EnBW

Reallabor H2-Wyhlen testet flexible Elektrolyse

WASSERSTOFFPRODUKTION. EnBW und Naturenergie erweitern ihr Wasserstoff-Reallabor in Wyhlen um einen 5-MW-Elektrolyseur. Das Besondere ist das Zusammenspiel zweier Technologien.

Am Wasserkraftwerk Wyhlen in Grenzach-Wyhlen bauen EnBW und Naturenergie ihre Wasserstoffproduktion aus. Zu einem bestehenden Alkali-Elektrolyseur mit einer Leistung von 1 MW kommt nun ein neuer PEM-Elektrolyseur mit 5 MW hinzu. PEM steht für Proton Exchange Membrane. Interessant ist dabei weniger die zusätzliche Leistung als die Kombination unterschiedlicher Elektrolysetechnologien mit Wasserkraft, Speichern und Abfüllanlagen an einem Standort. Das Reallabor soll Erkenntnisse aus der Forschung zugleich in einen späteren kommerziellen Betrieb überführen, wie die Partner in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt geben.

Die EnBW mit Sitz in Karlsruhe koordiniert das Forschungsprojekt. Naturenergie Hochrhein mit Hauptsitz in Rheinfelden erzeugt und vertreibt vor allem erneuerbare Energie in Südbaden und der Schweiz und betreibt das Wasserkraftwerk sowie die Wasserstoffanlagen in Wyhlen. Seit 2021 untersuchen beide Unternehmen dort gemeinsam mit Forschungspartnern die Herstellung von Wasserstoff aus Wasserkraft. Beteiligt sind unter anderem das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), die Holzapfel Group und die Dialogik gGmbH.



Vertreter aus Politik und Unternehmen beim offiziellen Start des neuen 5-MW-Elektrolyseurs in Wyhlen. Die Anlage ergänzt den bestehenden 1-MW-Elektrolyseur am Standort.

Quelle: Naturenergie

Zwei Verfahren mit unterschiedlicher Fahrweise

Beide Elektrolyseure spalten Wasser mithilfe von Strom in Wasserstoff und Sauerstoff, unterscheiden sich aber in ihrer Betriebsweise. Die bestehende Alkali-Anlage ist nach Angaben der Projektpartner für einen möglichst gleichmäßigen Dauerbetrieb ausgelegt. Der neue Proton-Exchange-Membrane-Elektrolyseur (PEM) kann seine Leistung dagegen schneller verändern. Er soll sich damit flexibler an das verfügbare Stromangebot anpassen.

Gerade dieser Parallelbetrieb macht den Standort für das Forschungsprojekt interessant. Die Projektpartner können unter vergleichbaren Bedingungen untersuchen, wie sich die beiden Technologien im laufenden Betrieb verhalten und wie sich eine stärker schwankende Fahrweise auf die Wasserstoffproduktion auswirkt. Nach Angaben von Naturenergie bieten zudem die kurzen Wege zwischen Wasserkraftwerk, Elektrolyse, Speichern und Netzen die Möglichkeit, die gesamte Prozesskette zusammenhängend zu erproben.

Den Strom liefert das unmittelbar benachbarte Laufwasserkraftwerk Wyhlen mit 38,5 MW Leistung. Der erzeugte Wasserstoff soll später an Industrie- und Mobilitätskunden in der Grenzregion Deutschland, Schweiz und Frankreich gehen. Damit verbindet das Projekt die technische Erprobung mit einer konkreten Nutzung des erzeugten Wasserstoffs.

Übergang in den kommerziellen Betrieb

Der neue Elektrolyseur hat bereits Ende Juli erstmals Wasserstoff produziert. Derzeit nehmen die Projektpartner weitere Teile der Anlage schrittweise in Betrieb und testen sie unter realen Bedingungen. Dazu zählen Gasaufbereitung, Verdichter und Speichersysteme. Die technische Inbetriebnahme soll bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Anschließend soll ein Probetrieb beginnen.

Mit der Erweiterung entstehen stationäre Speicher für weitere 3,8 Tonnen Wasserstoff. Insgesamt steigt die Speicherkapazität damit auf rund 5 Tonnen. Außerdem kommen zu den drei bestehenden Abfüllstationen vier weitere hinzu. Dort lässt sich der Wasserstoff mit unterschiedlichen Druckstufen in Transportbehälter auf Lkw füllen.

Anfang 2027 soll Naturenergie den kommerziellen Betrieb der erweiterten Anlage übernehmen. Gleichzeitig endet das Reallabor H2-Wyhlen. Damit unterscheidet sich das Vorhaben von einem reinen Demonstrationsprojekt: Die im Forschungsbetrieb aufgebaute Anlage soll anschließend am selben Standort weiter genutzt werden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) fördert das Reallabor H2-Wyhlen mit insgesamt 15 Millionen Euro. Rund 9 Millionen Euro davon entfallen laut EnBW und Naturenergie auf die Erweiterung. Die gesamten Projektkosten beziffern die Unternehmen auf rund 40 Millionen Euro. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Agri-PV statt Truppenübungen



Quelle: Teag Thüringer Energie AG

PHOTOVOLTAIK. Die Teag Solar hat bei Bad Klosterlausnitz eine Agri-PV-Anlage mit knapp 12.000 Modulen in Betrieb genommen. Die Anlage soll jährlich knapp 7 Millionen kWh Strom einspeisen.

Auf einer Fläche von rund 6,4 Hektar hat die Teag Solar GmbH bei Bad Klosterlausnitz nach eigenen Angaben Thüringens bislang größte Agri-PV-Anlage errichtet. Die knapp 12.000 Photovoltaikmodule, mit einer Gesamtleistung von knapp 7 MW, wurden ab März 2026 installiert. Die Module befinden sich auf Gestellen in etwa drei bis vier Metern Höhe. Betreiber der Anlage ist die Teag Solar GmbH, ein Tochterunternehmen der kommunalen Teag Thüringer Energie AG.

Nach Angaben des Unternehmens soll die Anlage knapp 7 Millionen kWh Strom pro Jahr in das öffentliche Netz einspeisen. Teag beziffert die damit verbundene CO₂-Einsparung auf knapp 2.600 Tonnen jährlich.

Die Standortkommunen sollen an den Stromerlösen beteiligt werden. Für Bad Klosterlausnitz und das benachbarte Olberndorf ist laut TEAG eine freiwillige Zahlung von 0,2 Cent je eingespeister Kilowattstunde vorgesehen. Bei der prognostizierten Stromproduktion und einer Anlagenlaufzeit von mindestens 20 Jahren ergäbe sich daraus eine Gesamtsumme von rund 280.000 Euro für beide Gemeinden.

Mit den Planungen für das Projekt hatte bereits 2023 der Projektentwickler „zupar.energie“ begonnen. Ein Jahr später stieg die Teag Solar in das Vorhaben ein. Dabei wurde entschieden, die ursprünglich geplante Freiflächenanlage als Agri-PV-Projekt umzusetzen.

Eine Besonderheit des Standorts ist seine militärische Vorgeschichte. Das unmittelbar an der Autobahn A 4 gelegene Areal war nach Unternehmensangaben mehr als 100 Jahre militärisch genutzt worden. Vor Beginn der Bauarbeiten musste ein Kampfmittelräumdienst das Gelände deshalb untersuchen und beräumen. Dabei seien unter anderem mehr als 1 Tonne Handgranaten und weitere Munitionsreste beseitigt worden.

Unter den Solarmodulen sollen künftig vor allem Beerenfrüchte angebaut werden. Vorgesehen sind insgesamt rund 4.000 Pflanzen, darunter Heidelbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren und Brombeeren sowie

kleinere Apfelbäume. Die Bewirtschaftung des größten Flächenanteils übernimmt die eigens gegründete Rüdersdorfer Bio GmbH; einen kleineren Teil nutzt eine Baumschule zur Saatgutgewinnung. Die erzeugten landwirtschaftlichen Produkte sollen überwiegend regional vermarktet werden.

Teag Solar mit Sitz in Erfurt beschäftigt nach Unternehmensangaben mehr als 50 Mitarbeiter und übernimmt Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung größerer Photovoltaikanlagen und Speicher. Das Unternehmen verfügt derzeit nach eigenen Angaben über ein PV-Portfolio von rund 60 MW und will dieses bis Ende 2027 auf 125 MW ausbauen. Für die kommenden drei Jahre kündigt Teag Solar Investitionen von insgesamt 35 Millionen Euro in Photovoltaikprojekte an. (fw) // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Unocconi hebt ungenutztes Abwärmepotenzial



Abwärmetauscher im Boden. Quelle: Unocconi GmbH / Christof Seiler

EFFIZIENZ. Unocconi will mehr Abwasserwärme in Mehrfamilienhäusern zurückgewinnen. Das junge Unternehmen nutzt dafür Systeme europäischer Anbieter und entwickelt derzeit eigene Systeme.

Während Industrieunternehmen oder Gewerbebetriebe mit Wärmerückgewinnungssystemen bereits große Mengen an Energie einsparen, sind solche Systeme in Mehrfamilienhäusern oder in Hotels hierzulande noch wenig anzutreffen, obwohl auch dort täglich viel Warmwasser und damit viel Wärmeenergie wieder mit in den Abfluss fließen. Hier setzt die Idee des Start-ups Unocconi GmbH aus Filderstadt an. Das Familienunternehmen hat sich auf die Wärmerückgewinnung von Duschwasser spezialisiert und vertreibt dafür verschiedene Wärmeübertrager.

„Die Technologie ist in Ländern wie der Schweiz, den Niederlanden und Großbritannien seit Jahren verbreitet“, sagt Valentin Nittbaur, verantwortlich für Marketing & Vertrieb bei Unocconi. Sein Vater, Steffen Nittbaur, und er haben das Unternehmen 2023 gegründet. Sie wollen diese Technologie im deutschen und österreichischen Markt bekannter machen. „Die Idee ist eigentlich ganz einfach: Wir müssen nicht weniger duschen, sondern die vorhandene Wärme besser nutzen.“ Derzeit bauen sie ein Netzwerk aus SHK-Betrieben, Energieberatern, TGA-Planern und Fachhändlern auf. Auch für die Wohnungswirtschaft stelle die Technik vor allem bei Neubauten und umfassenden Sanierungen eine gute Option dar, um den Energiebedarf für die Warmwasserbereitung zu reduzieren.

Das Prinzip setzt unmittelbar an der Dusche an: Das warme Abwasser überträgt einen Teil seiner Wärme auf das zufließende kalte Trinkwasser. Beide Wasserströme bleiben voneinander getrennt. Das vorgewärmte Trinkwasser gelangt anschließend zur Duscharmatur, sodass weniger heißes Wasser für die gewünschte Mischwassertemperatur benötigt wird. Ein zusätzlicher Wärmespeicher ist dafür nicht erforderlich.

Einsparung hängt vom Nutzungsprofil ab

Wie groß der Effekt in einem Mehrfamilienhaus ausfällt, hängt jedoch vom Gebäude und vom Nutzungsprofil ab. Maßgeblich sind unter anderem Zahl und Belegung der Wohnungen, Duschdauer, Volumenstrom und Temperaturen sowie die Art der Warmwasserbereitung. Für Neubauten und größere Sanierungen bietet Unocconi unter anderem senkrecht installierte Duschrohre an. Dabei fließt das warme Abwasser nach unten, während das kalte Trinkwasser im Gegenstrom durch den Wärmeübertrager geführt wird. Je nach Ausführung nennt das Unternehmen zertifizierte Wirkungsgrade von bis zu 69 Prozent. Die Systeme kommen nach Anbieterangaben ohne Wartung aus.

Eine Alternative bilden Duschrinnen mit integriertem Wärmeübertrager. Sie werden horizontal in den Duschboden eingebaut und arbeiten nach dem Kreuzstromprinzip. Unocconi gibt je nach Ausführung zertifizierte Wirkungsgrade von bis zu 60 Prozent an.

Für Wohnungen, in denen keine umfassende Sanierung ansteht, hat Unocconi zudem eine Duschplatte zur Nachrüstung ins Sortiment aufgenommen. Der Wärmeübertrager wird auf einer vorhandenen ebenen Duschfläche platziert und zwischen einer Aufputzarmatur und dem Wandanschluss eingebunden. Wände müssen laut Unternehmen dafür nicht geöffnet werden. Der zertifizierte Wirkungsgrad beträgt nach Anbieterangaben 37,6 Prozent.

Berücksichtigung in der energetischen Gebäudebilanz

Zudem kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Die Wärmerückgewinnung aus Duschabwasser lässt sich nach Angaben des Unternehmens im Rahmen der DIN V 18599 in der energetischen Gebäudebilanz berücksichtigen. Anforderungen an Systeme zur Wärmerückgewinnung aus Duschabwasser beschreibt zudem die DIN 94678. Für Wohnungsunternehmen und Planer sind dabei neben der energetischen Wirkung Anforderungen an Trinkwasserschutz, Hygiene, Zugänglichkeit und Revision relevant.

Die Förderung gilt laut dem Unternehmen sowohl bei Sanierungen als auch beim Neubau. Die Systeme können im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) als Teil einer Gesamtmaßnahme berücksichtigt werden. Zusätzlich besteht bei Bestandsgebäuden, die älter als zehn Jahre sind und saniert werden, über § 35c EStG die Möglichkeit, 20 Prozent der Investitionskosten steuerlich geltend zu machen.

Unocconi produziert die derzeit angebotenen Systeme nicht selbst. Das Unternehmen bezieht sie aus dem europäischen Ausland und arbeitet nach eigenen Angaben mit Herstellern zusammen, die zum Teil seit mehr als zehn Jahren in diesem Markt tätig sind. Parallel entwickelt Unocconi eigene Systeme. Das erste selbst entwickelte Produkt soll nach derzeitiger Planung Ende 2026 auf den Markt kommen. Langfristig will das Unternehmen sowohl Produkte seiner Partner als auch eigene Entwicklungen anbieten. (hr)

// VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(848edf3a971f9d4a6acd664a9b2a684c_img.jpg\)](#) [!\[\]\(d5627a2fe225879acf1799c294429afd_img.jpg\)](#) [!\[\]\(2ef38b478117b9131ee41884110c6e9f_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN

EKD 365⁺
**Unsere Vision vom
 perfekten
 Energiesystem**

Bei Energiekonzepte Deutschland holen Sie das Beste aus Ihrer Solarenergie – das ganze Jahr über. Der Wandel zu nachhaltiger Energie, mehr Unabhängigkeit und mehr Sicherheit möchten wir für Sie schon heute zur Realität machen.

Beratung zum Energiesystem

Energiekonzepte Deutschland

Energiekonzepte Deutschland. Quelle: EKD

Solaranbieter EKD meldet Insolvenz an

PHOTOVOLTAIK. Der Investor Pemberton stellt Energiekonzepte Deutschland keine weiteren Mittel bereit. Der Solaranlagen-Spezialist hat Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt.

Der Solaranlagenspezialist Energiekonzepte Deutschland (EKD) aus Leipzig ist in Schieflage. Der Eigentümer, das Londoner Investmenthaus Pemberton, hat entschieden, dem Unternehmen keine weiteren Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Das bestätigte ein Sprecher des Investors gegenüber dem Lokalmagazin „Taucha kompakt“.

„Die Energiekonzepte Deutschland GmbH hat am 2. Oktober beim Amtsgericht Leipzig einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt“, teilt die EKD-Sprecherin gegenüber der Redaktion mit. „Der Geschäftsbetrieb läuft uneingeschränkt weiter. Die Löhne und Gehälter unserer circa 400 Mitarbeitenden sind über das Insolvenzgeld abgesichert.“ Ziel der Geschäftsführung sei es, „gemeinsam mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter einen Weg zur Sanierung des Unternehmens zu finden“, so die Sprecherin.

Betroffen sind insgesamt sieben Gesellschaften, die zu der Unternehmensgruppe gehören. Darunter befinden sich neben der Energiekonzepte Deutschland GmbH, die Energiekonzepte Deutschland Holding GmbH, die Energiekonzepte Deutschland Investorenholding GmbH und die Energiekonzepte Deutschland PV-Montage GmbH.

Pemberton begründete den Finanzierungsstopp mit der Entwicklung des Solarmarktes. „Angesichts des anhaltenden, starken Marktrückgangs wurde kürzlich deutlich, dass das Geschäftsmodell nicht mehr tragfähig ist“, erklärte ein Unternehmenssprecher. Der Investor habe deshalb beschlossen, über die bereits bereitgestellte Finanzierung hinaus keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen.

Sanierungsversuch ohne Erfolg

Pemberton hatte EKD 2025 übernommen und versucht, das Unternehmen finanziell und operativ zu stabilisieren. Nach Angaben des Investors führten zusätzliche finanzielle Hilfen, eine neue Führungsmannschaft und ein Programm zur operativen Umstrukturierung jedoch nicht zum Erfolg. Die weitere Finanzierung werde deshalb eingestellt.

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte sich bereits in den vergangenen Jahren eingetrübt, berichtet das „Handelsblatt“. Die EKD Holding 2024 bei einem Umsatz von 1,5 Milliarden Euro einen Jahresverlust von 40,4 Millionen Euro. Unter Einbeziehung zweier ebenfalls verlustreicher Vorjahre summierte sich der Bilanzverlust dem Bericht zufolge auf 111 Millionen Euro. Neuere Geschäftszahlen sind im Unternehmensregister nicht hinterlegt.

EKD wurde 2018 gegründet und wollte vom wachsenden Markt für Photovoltaikanlagen auf privaten Wohngebäuden profitieren. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen bislang mehr als 45.000 Solaranlagen auf deutschen Dächern installiert. Zuletzt war die Gruppe auf 15 Standorte angewachsen und installierte rund 1.000 Anlagen pro Monat. Hinter Enpal und Eon galt EKD als drittgrößter Anbieter im europäischen Markt für private Solaranlagen.

Im November 2025 hatte das Unternehmen bereits 86 Beschäftigten gekündigt. In den folgenden Monaten verstärkten verspätete Finanzinformationen und Kundenbeschwerden die Spekulationen über wirtschaftliche Schwierigkeiten. EKD wies diese auf seiner Website unter der Überschrift „Faktencheck“ zurück. Das Unternehmen erklärte, es sei nahezu schuldenfrei, habe seine Bilanz gestärkt und eine Grundlage für stabiles Wachstum geschaffen. Der Beitrag wurde zuletzt am 10. August aktualisiert.

Die Belegschaft wurde am 30. September bei einer außerordentlichen Mitarbeiterversammlung über die Situation informiert. Die Septembergehälter waren laut dem Bericht bis dahin noch nicht ausgezahlt worden und sollten in den folgenden Tagen fließen.

Offen bleibt, ob und in welchem Umfang EKD den Geschäftsbetrieb langfristig fortführen kann. Ein Verkauf im Rahmen des Insolvenzverfahrens gilt demnach als mögliche Option.

Wachstumspläne kurz vor der Insolvenz

Noch wenige Tage vor Bekanntwerden der Insolvenz hatte Geschäftsführer Christian Arnold öffentlich Zuversicht verbreitet. Arnold hatte die Führung von EKD am 15. Juli 2025 übernommen. Zuvor war er unter anderem Vorstand beziehungsweise Chief Innovation Officer bei EWE und Geschäftsführer des Solaranbieters Eigensonne gewesen.

In einem LinkedIn-Beitrag zum EKD-Unternehmenstreffen am 18. September 2026 in Berlin schrieb Arnold, das Unternehmen habe Veränderungen umgesetzt und die Grundlagen für die nächste Wachstumsphase geschaffen. Bei dem Treffen kamen Vertreter aus Vertrieb, Handwerk, Produktentwicklung und Zentrale zusammen. Arnold betonte die Bedeutung einer besseren Zusammenarbeit und erklärte: „Ich traue dieser Mannschaft viel zu. Und ich freue mich darauf, mit euch die nächste Etappe anzugehen.“ (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 **08152 93 11 88**
 **www.energiejobs.online**

Gera schließt nach zwölf Jahren Insolvenz erfolgreich ab

STADTWERKE

Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Nach zwölf Jahren ist die Sanierung der Stadtwerke Gera AG erfolgreich abgeschlossen. Gläubiger erhalten insgesamt 65,4 Millionen Euro.

Es war damals ein bis dahin in Deutschland im kommunalen Bereich einzigartiger Fall: Im Jahr 2014 musste die Stadtwerke Gera AG (SWG) einen Insolvenzantrag stellen. Nun konnte der Insolvenzverwalter Michael Jaffe am 2. Oktober gute Nachrichten verkünden.

Zwölf Jahre nach dem Insolvenzantrag der Stadtwerke ist das Verfahren abgeschlossen. Die Gläubiger erhalten 65,4 Millionen Euro. Davon entfallen rund 12,1 Millionen Euro auf nachrangige Forderungen. Nach Befriedigung sämtlicher Gläubiger verbleibt zudem ein Übererlös von rund 6,5 Millionen Euro. Diesen Betrag erhält die Stadt Gera als Gesellschafterin der SWG.

Damit können die Stadtwerke nach mehr als einem Jahrzehnt das Kapitel Insolvenz abschließen. Im Insolvenzverfahren war es der „Kanzlei Jaffe Rechtsanwälte Insolvenzverwalter“ zudem gelungen, Fortführungslösungen für alle operativ tätigen Tochtergesellschaften zu realisieren und rund 1.000 Arbeitsplätze zu sichern.

Im Jahr 2014 war gegen die damals hoch verschuldeten Stadtwerke Gera ein Insolvenzverfahren eröffnet worden (wir berichteten). Das Verfahren richtete sich gegen die Holding Stadtwerke Gera AG und die Verkehrsbetriebe GmbH. In der Holdinggesellschaft waren damals alle Beteiligungen der Stadt Gera gebündelt, die sich mit der Daseinsvorsorge befassten, angefangen von der Energieversorgung über den öffentlichen Personennahverkehr und den Wohnungsbau bis hin zur Entsorgung.

Durch ihre Finanzprobleme hatten die Stadtwerke Gera rund 230 Millionen Euro Schulden angehäuft. In den Jahren zuvor waren Defizite in anderen Bereichen von Überschüssen aus dem Energiebereich ausgeglichen worden. Nachdem die Stadtwerke jedoch auf ihr Gaskraftwerk eine Millionenabschreibung vornehmen mussten, hatte es aber keine Rücklagen für einen Krisenfall mehr gegeben.

Insolvenz betraf zentrale kommunale Beteiligungen

Eine zentrale Aufgabe nach dem Insolvenzantrag bestand darin, die operativen Gesellschaften weiterzuführen. Ein Ausfall einzelner Unternehmen hätte weitere Beteiligungen treffen und Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge beeinträchtigen können. Man befürchtete damals einen „Dominoeffekt“. Insolvenzverwaltung, Gläubigerausschuss, Stadt Gera und Land Thüringen verständigten sich deshalb zunächst auf die Fortführung der Betriebe. Die Konzernstruktur der Stadtwerke Gera wurde jedoch aufgelöst.

Anschließend begann die Verwertung beziehungsweise Neuordnung der Beteiligungen. Der bisherige Minderheitsgesellschafter Veolia übernahm im Jahr 2015 die Anteile an der Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG. Mit Sita Deutschland vereinbarte die Insolvenzverwaltung zudem die Übernahme der verbliebenen 25,1 Prozent der SWG an der Sita Abfallverwertung GmbH. Die 74,9-prozentige Beteiligung an der GWB Elstertal Geraer Wohnungsbaugesellschaft mbH wurde nach einem EU-weiten Transaktionsverfahren im Sommer 2016 verkauft.

Engie übernahm Energiegesellschaften

Für die Energiewirtschaft folgte ein wesentlicher Schritt im November 2017. Engie Deutschland übernahm die 50,1-prozentigen Beteiligungen der SWG an der Energieversorgung Gera GmbH und der Kraftwerke Gera GmbH. Damit waren die letzten wesentlichen operativen Beteiligungen der insolventen Holding verwertet. Im April 2021 folgte der Verkauf der noch verbliebenen Anteile an der Geraer Umweltdienste.

Nach Angaben der Insolvenzverwaltung konnten sämtliche operativ tätigen Tochtergesellschaften fortgeführt werden. Rund 1.000 Arbeitsplätze blieben erhalten. Mit dem Verkauf der Beteiligungen war das Insolvenzverfahren der Holding allerdings noch nicht beendet. Das Verfahren hing noch vom Abschluss der Insolvenz der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH ab.

Auch das Insolvenzverfahren der Geraer Verkehrsbetriebsgesellschaft endete nun mit einer vollständigen Befriedigung der Gläubiger. Der dort verbliebene Übererlös floss an die Stadtwerke Gera als Gesellschafterin und erhöhte damit die für das SWG-Verfahren verfügbare Masse.

Mit der Schlussverteilung zahlt die Insolvenzverwaltung 65,4 Millionen Euro an die Gläubiger der SWG. Nach Auszahlung aller Forderungen verbleiben nach Angaben der Insolvenzverwaltung rund 6,5 Millionen Euro. Da keine Gläubigerforderungen mehr zu bedienen sind, fällt dieser Übererlös an die Stadt Gera als Eigentümerin der insolventen Holding. Damit endet ein Verfahren, das 2014 mit einem damals im kommunalen Bereich in Deutschland ungewöhnlichen Insolvenzantrag begonnen hatte. (hr)

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Ista erweitert sein Angebot für Wohngebäude



Alexander Priebe, Selina Groß und Hannes Münzinger von Homenergy mit Ista-Chef Hagen Lessing und Technikvorständin Michaela Hitzberger (v. l.). Quelle: Ista SE

ÜBERNAHME. Ista übernimmt den Energietechnikanbieter Homenergy. Der Essener Dienstleister erweitert damit sein Geschäft um Wärmepumpen, Photovoltaik und Speicherlösungen.

Der Essener Energie- und Immobiliendienstleister „ista SE“ übernimmt die Homenergy GmbH und baut damit sein Geschäft mit Energielösungen für Wohngebäude aus. Das gibt das Unternehmen in einer Mitteilung vom 1. Oktober bekannt. Zum Kaufpreis macht es keine Angaben. Ista erfasst unter anderem Verbrauchsdaten und bietet Heizkostenabrechnungen für die Immobilienwirtschaft an.

Homenergy wurde 2022 gegründet und ist an den Standorten München und Essen vertreten. Das Unternehmen plant und installiert vor allem Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen für Wohngebäude. Hinzu kommen Batteriespeicher, Wallboxen, Home-Energy-Management-Systeme sowie Wartungs- und Serviceleistungen. Rund 65 Menschen arbeiten nach Unternehmensangaben für Homenergy.

In den vergangenen vier Jahren habe Homenergy rund 4.500 Wärmepumpen- und Photovoltaiksysteme verkauft und installiert, teilt Ista mit. Das Unternehmen decke dabei wesentliche Schritte selbst ab – vom Vertrieb und der technischen Planung über Projektmanagement und Installation bis zum Service. Die Abläufe entlang des Kundenprozesses seien weitgehend digitalisiert.

Ista erweitert bisheriges Geschäft

Bislang liegt ein Schwerpunkt von Ista auf Dienstleistungen rund um Verbrauchsdaten, Energieeffizienz und Abrechnung. Mit Homenergy kommen technische Energielösungen für Gebäude hinzu. Nach eigenen Angaben beschäftigt Ista mehr als 6.800 Menschen in 20 Ländern. Produkte und Dienstleistungen des Unternehmens kommen in mehr als 14 Millionen Wohnungen und Gewerbeimmobilien bei über 470.000 Kunden zum Einsatz. Für 2025 nennt die erweiterte Ista-Gruppe einen Umsatz von 1,279 Milliarden Euro.

Ista-Chef Hagen Lessing bezeichnet Homenergy als Ergänzung zum bestehenden Angebot. „Mit Homenergy gewinnen wir ein erfahrenes Team und eine leistungsfähige Plattform, die die Dekarbonisierung von Gebäuden ermöglicht“, sagt er. Ista wolle die Kompetenzen des übernommenen Unternehmens künftig auch für die eigenen Kunden nutzen. Dabei nimmt der Dienstleister neben Mehrfamilienhäusern auch Ein- und Zweifamilienhäuser stärker in den Blick.

Homenergy-Geschäftsführer Hannes Münzinger sieht in der Verbindung beider Unternehmen vor allem Möglichkeiten, das Geschäft auszuweiten. Homenergy könne seine Erfahrung mit Wärmepumpen, Photovoltaik und digitalen Installationsprozessen mit der Reichweite, den Kundenbeziehungen und der Infrastruktur von Ista verbinden, erklärt er. Zur Geschäftsführung von Homenergy gehören neben Münzinger auch Alexander Priebe und Selina Groß.

Wärmepumpenmarkt wächst

Ista verweist im Zusammenhang mit der Übernahme auf die Entwicklung des deutschen Heizungsmarkts. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) verkauften die Hersteller im ersten Halbjahr 2026 rund 352.000 Wärmeerzeuger. Das waren 19 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. 194.500 der verkauften Geräte waren Wärmepumpen. Damit entfiel mehr als die Hälfte des Absatzes auf diese Technologie. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Wärtsilä und RCT Solutions gründen Speicherintegrator Valo



Quelle: Fotolia / malp

STROMSPEICHER. Wärtsilä und RCT Solutions haben den Speicherintegrator Valo gegründet. Das Gemeinschaftsunternehmen bündelt Hardware, Steuerungssoftware und Engineering für Großbatteriespeicher.

Der finnische Technologiekonzern Wärtsilä und die deutsche RCT Solutions GmbH haben mit Valo einen gemeinsamen Anbieter für Batterie-Energiespeichersysteme gegründet. Beide Partner halten jeweils 50 Prozent. Das Unternehmen startet nach eigenen Angaben mit mehr als 20 GWh installierter Speicherkapazität aus über 130 Projekten weltweit.

Valo soll bei Speicherprojekten Hardware, Software, Engineering und langfristige Serviceleistungen zusammenführen. Wärtsilä bringt dafür sein bestehendes Energiespeichergeschäft einschließlich Steuerungs- und Optimierungssoftware ein. RCT Solutions steuert vor allem Engineering-Know-how, Lieferkettenkompetenz sowie Erfahrung beim Aufbau großer Batterie- und Solarfertigungen bei.

Für den wirtschaftlichen Betrieb eines Großspeichers ist vor allem das Energiemanagement entscheidend. Die Software koordiniert Lade- und Entladevorgänge und muss dabei unter anderem den Ladezustand, technische Grenzen des Speichers sowie externe Markt- und Netzsignale berücksichtigen. Dadurch kann ein Speicher für mehrere Anwendungen eingesetzt werden: zum einen im Stromhandel und die Preisvolatilität zu nutzen, zum anderen zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen, etwa am Regenergiemarkt. Dafür muss die Steuerung kurzfristig auf Abrufe oder Frequenzabweichungen reagieren und zugleich ausreichend Lade- beziehungsweise Entladekapazität vorhalten.

Wärtsilä verfügt bereits über Erfahrung mit solchen Anwendungen. Beim Batteriespeicher Cremzow in Brandenburg mit 22 MW Leistung und knapp 35 MWh Kapazität steuert die Wärtsilä-Plattform GEMS den Anlagenbetrieb. Der Speicher wurde 2019 in Betrieb genommen und wird für Primärregelleistung eingesetzt. Zugleich nutzt GEMS den Stromgroßhandel, um den Ladezustand des Speichers zu bewirtschaften.

Valo übernimmt nach der Mitteilung die bestehenden Technologien und Teams des Wärtsilä-Speichergeschäfts. Ergänzt werden sollen diese um zusätzliche Kompetenzen bei Engineering, Lieferkettenmanagement und Fertigung. Das Unternehmen ist in Australien, Europa, Asien sowie Nord- und Südamerika vertreten. (fw) // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

PV-Firma scheitert mit Finanzierungskampagne



Quelle: Pixabay / Steve Buissinne

WIRTSCHAFT. Die Aktienemission von „Next2Sun“ hat nicht das zur Sicherung der Geschäftstätigkeit erforderliche Volumen erreicht. Abgegebene Zeichnungen nimmt das PV-Unternehmen nicht an.

Eine Woche ist es her, da sah die Geschäftsführung einen „wichtigen Meilenstein“ erreicht. Für rund 2,4 Millionen Euro hatten Anleger Aktien von „Next2Sun“ von Ende August bis 24. September gezeichnet. Das war knapp die Hälfte des angestrebten Emissionsvolumens. Falls nicht 5 Millionen Euro zusammenkommen, müsse man Insolvenz anmelden, teilte das saarländische PV-Unternehmen damals mit. Es hatte auch eine Social-Media-Kampagne gestartet, um Investoren zu gewinnen (wir berichteten). Jetzt hat sich die Hoffnung zerschlagen.

Noch am 28. September zeigte sich der auf vertikale PV-Systeme spezialisierte Projektentwickler zuversichtlich. Die Kampagne habe „eine außergewöhnliche Welle der Unterstützung hervorgerufen: Aktionärinnen und Aktionäre, Investoren, Kundinnen und Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeitende sowie viele Menschen, die an unsere Vision glauben, haben sich bei uns gemeldet“, schrieb das Unternehmen. Insgesamt seien Finanzierungsbeiträge von über 5 Millionen Euro mobilisiert worden. Die Aktienzeichnungen allein hätten dafür nicht ausgereicht, es seien zahlreiche weitere Finanzierungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote unterbreitet worden.

Wackelige Investmentzusagen

Doch: „Nach eingehender Prüfung aller eingegangenen Finanzierungszusagen und Unterstützungsangebote mussten wir leider feststellen, dass die für die Kapitalmaßnahme erforderliche Finanzierungssumme nicht mit dem nötigen Verbindlichkeitsgrad erreicht werden konnte. Die Gesamtsumme enthielt zwei größere Investmentzusagen, deren Umsetzung nicht gesichert werden konnte“, berichtet „Next2Sun“.

Bereits zu Beginn der Kampagne hatte das Unternehmen erklärt, dass die Beteiligung nicht zustande kommt, falls die 5-Millionen-Marke nicht sicher erreicht wird. „Die abgegebenen Zeichnungen werden nicht angenommen und es werden keine Anlegergelder eingezogen“, unterstreicht die Geschäftsführung jetzt.

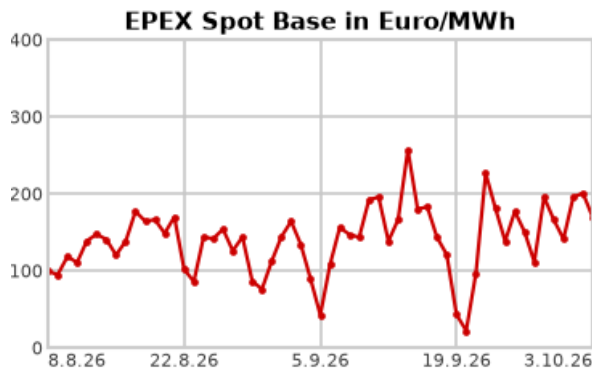
„Next2Sun“ ist eine Unternehmensgruppe mit zahlreichen Projektgesellschaften. Noch am 23. September wurde ein Agri-Solarpark in Portogruaro in der italienischen Region Venetien in Betrieb genommen. Das Unternehmen zählt 140 Mitarbeitende an Standorten in Deutschland, Österreich, Polen und Japan. (mf)

// VON MANFRED FISCHER

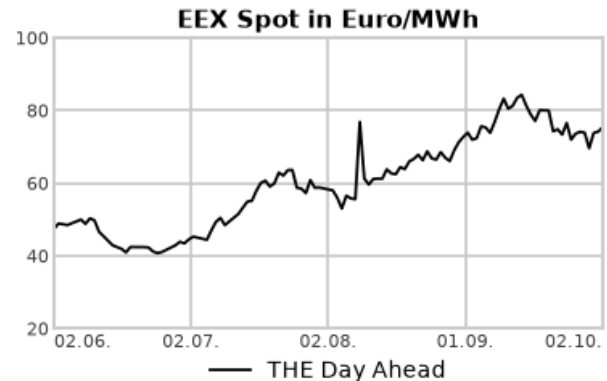
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Sorge vor neuer Angriffswelle prägt Märkte



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Überwiegend mit Abgaben haben sich die Energiepreise vor dem Wochenende gezeigt. Erdgas machte allerdings eine Ausnahme und zeigte sich etwas befestigt. Ursache der Entspannung dürften die sich erholenden Lieferungen aus der Region am Persischen Golf sein. Doch bleibt die Lage unübersichtlich. So berichten mehrere Medien, dass die USA kurz vor dem Beginn einer der größten Angriffswellen auf Iran stehen soll. Diese könnten bereits an diesem Wochenende starten, berichtete etwa CBS News unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Auch Israel könne dabei wieder in den Krieg einsteigen. Nach Angaben des Wall Street Journals hat Trump bereits neue und mehrtägige Angriffe befohlen. Allerdings schränkt die Zeitung ein: Er könnte seine Meinung noch bis zur letzten Minute ändern.

Strom: Überwiegend leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Der Montag wurde in der Grundlast gegen 14.00 Uhr mit 172 Euro je Megawattstunde gehandelt. Börslich wurden gleichfalls 172 Euro im Base gesehen. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst an der Börse im Base 200,75 Euro je Megawattstunde gekostet.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Montag laut Eurowind mit 24,8 Gigawatt im Base höher ausfallen als am Freitag, für den nur 11,5 Gigawatt erwartet wurden, was den Preisabschlag vom Freitag auf Montag bewirkte. Für das Preisniveau am Strommarkt spielten neben den festen Notierungen für Erdgas allerdings auch die nach wie vor eingeschränkte Leistung der französischen Kernkraftwerke eine Rolle, so ein Händler. Das US-Wettermodell geht für die kommenden Tage von einem eher bedeckten Himmel und einem schwachen Windaufkommen aus. Erst gegen das zweite Oktoberwochenende zu dürfte der Wind auffrischen.

Am langen Ende sank der Day-ahead um 1,45 auf 129,27 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Leichter hat sich der CO₂-Markt am Freitag gezeigt. Der Dec 26 verlor bis 14.28 Uhr 0,82 auf 84,82 Euro je Tonne, nachdem die Preise am frühen Nachmittag innerhalb weniger Minuten deutlich gefallen waren. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 12,5 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 86,24 Euro, das Tief bei 84,66 Euro.

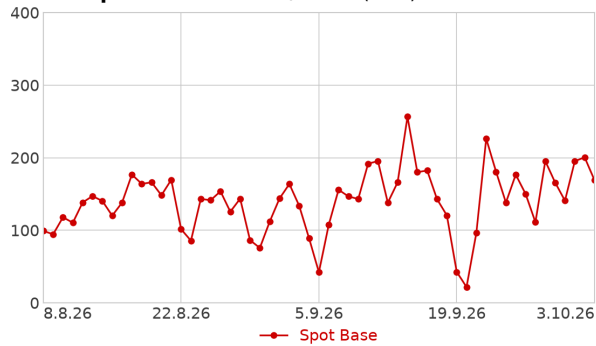
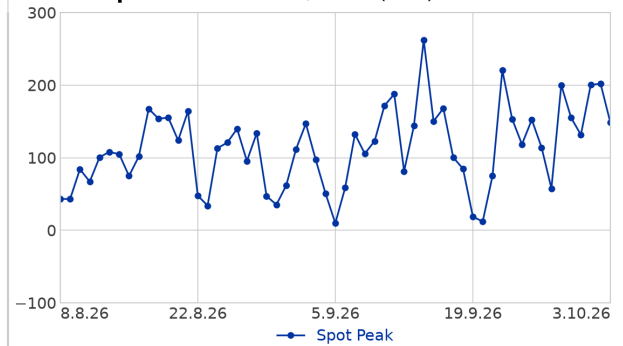
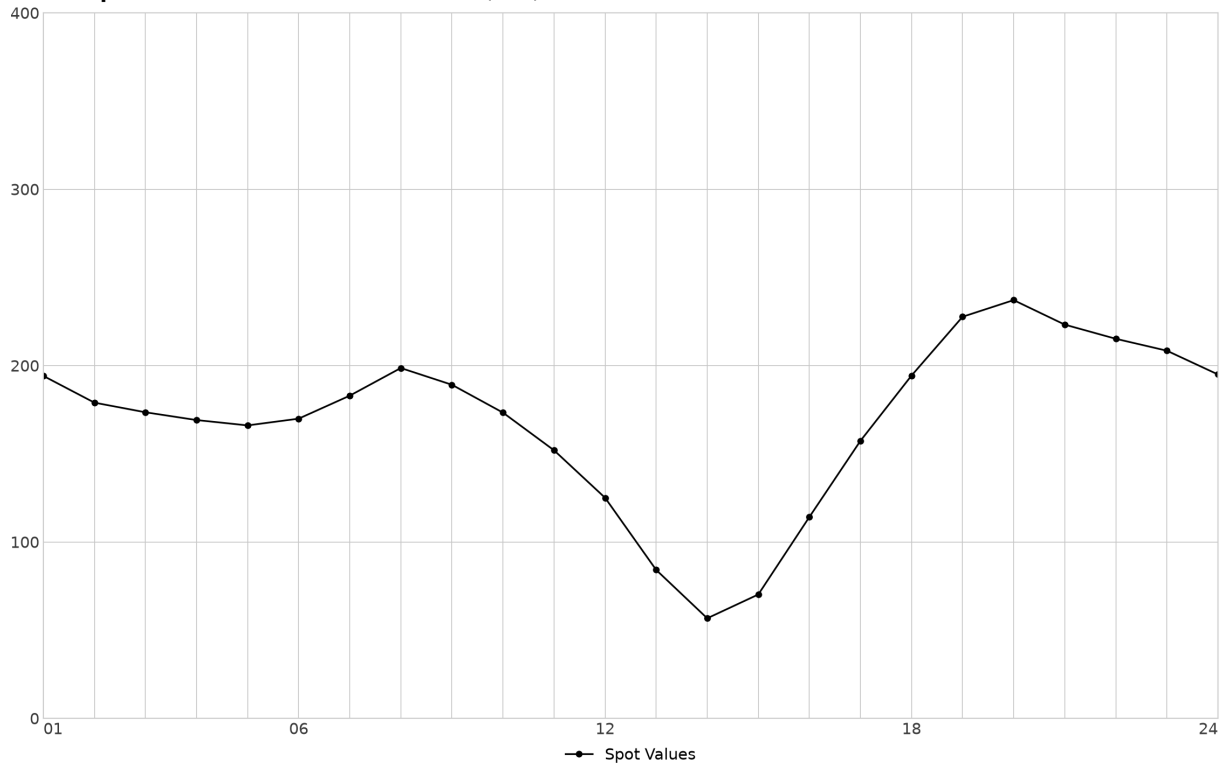
Die Analysten der Commerzbank wiesen auf einen seit Mitte März bestehenden Aufwärtstrend hin, der

auch im September Bestand hatte. Im Monatsverlauf legte der Preis um weitere 2 Prozent zu. Aufwind gab der vergleichsweise hohe Einsatz der fossilen Energieträger in der europäischen Stromerzeugung im September, der den Bedarf an Emissionsrechten höher schiebt: Weil die Atomkraft weniger Strom lieferte, kletterte der Beitrag der fossilen Energieträger an der öffentlichen Nettostromerzeugung in der Europäischen Union auf fast 30 Prozent. Vor allem die steinkohlebasierten Kraftwerke kamen verstärkt zum Einsatz und produzierten 40 Prozent mehr Strom als im Vorjahr. Bei der Braunkohle war ein Plus von 22 Prozent zu verbuchen, und die Stromproduktion der Gaskraftwerke war immerhin 17 Prozent höher als im Vorjahr.

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben am Freitag etwas zugelegt. Der richtungsweisende Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.50 Uhr 0,385 auf 73,100 Euro je Megawattstunde.

Ab Ende der neuen Woche ist mit einer deutlichen Abkühlung in Deutschland und Nordwesteuropa auf leicht unterdurchschnittliche Werte zu rechnen, was den Heizbedarf deutlich erhöhen dürfte. Zudem herrscht weiter Sorge wegen der niedrigen Speicherstände in Deutschland. Die vom Bundeswirtschaftsministerium zum Kauf ausgeschriebene Menge ist laut Analysten zu gering, um hier für Entspannung zu sorgen. Unterdessen beläuft sich laut Gassco die am Berichtstag aus Norwegen exportierte Gasmenge auf recht hohe 332,2 Millionen Kubikmeter. (cdg) // **VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN**

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	02.10.26	German Power Nov-2026	172,88
M2	02.10.26	German Power Dec-2026	167,88
M3	02.10.26	German Power Jan-2027	181,43
Q1	02.10.26	German Power Q1-2027	168,20
Q2	02.10.26	German Power Q2-2027	109,22
Q3	02.10.26	German Power Q3-2027	116,93
Y1	02.10.26	German Power Cal-2027	130,92
Y2	02.10.26	German Power Cal-2028	100,02
Y3	02.10.26	German Power Cal-2029	87,93

Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	02.10.26	German Power Nov-2026	217,38
M2	02.10.26	German Power Dec-2026	211,15
M3	02.10.26	German Power Jan-2027	230,51
Q1	02.10.26	German Power Q1-2027	198,34
Q2	02.10.26	German Power Q2-2027	92,76
Q3	02.10.26	German Power Q3-2027	104,63
Y1	02.10.26	German Power Cal-2027	140,41
Y2	02.10.26	German Power Cal-2028	109,43
Y3	02.10.26	German Power Cal-2029	96,78

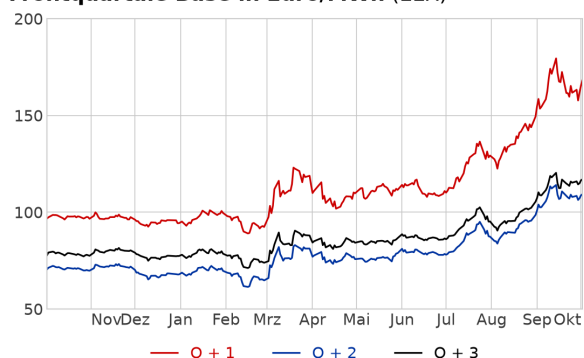
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



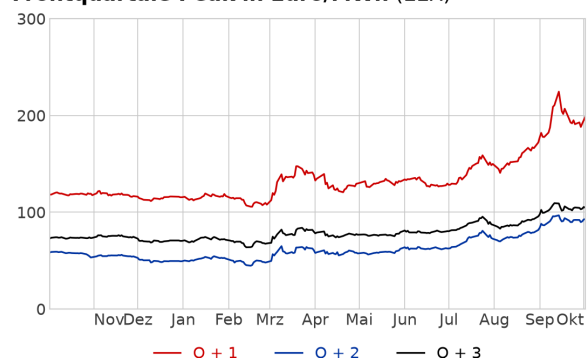
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	02.10.26	German THE Gas Nov-2026	75,66
M2	02.10.26	German THE Gas Dec-2026	75,87
Q1	02.10.26	German THE Gas Q1-2027	74,85
Q2	02.10.26	German THE Gas Q2-2027	58,61
S1	02.10.26	German THE Gas Sum-2027	56,57
S2	01.10.26	German THE Gas Win-2027	51,97
Y1	02.10.26	German THE Gas Cal-2027	60,62
Y2	02.10.26	German THE Gas Cal-2028	40,29

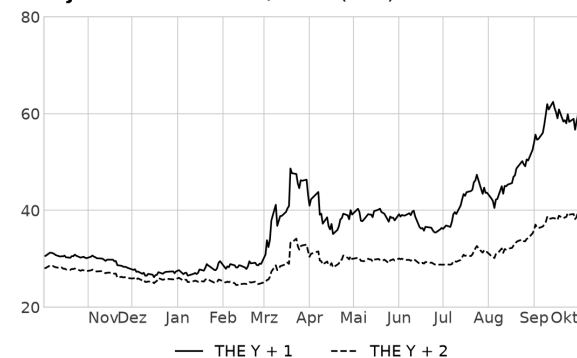
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



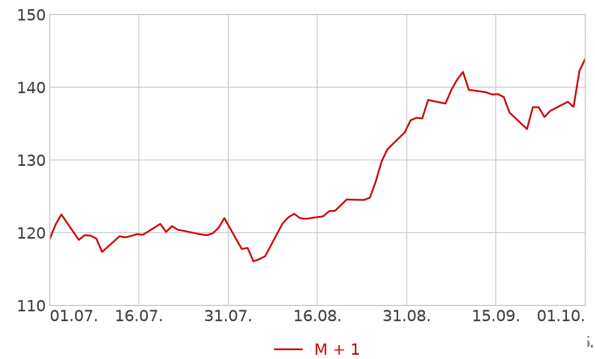
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	02.10.26	169,01	EUR/MWh
Germany Spot peak	02.10.26	148,42	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	02.10.26	86,09	EUR/tonne
Coal API2 November 2026	01.10.26	143,90	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	02.10.26	75,33	EUR/MWh
German THE Gas Nov-2026	02.10.26	75,66	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	02.10.26	60,62	EUR/MWh
Crude Oil Brent Dec-2026	02.10.26	102,25	USD/bbl

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

06.09.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Ingenieur*in (w/m/d) für Elektrotechnik als Gruppenleitung Stromversorgung

Zum Hauptinhalt springen Zentrale Universitätsverwaltung - Abt. III: Technische Abteilung - Referat IIIC...
in Berlin

vor 2 h

● Spezialist ● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Verkäufer Landtechnik / Agrartechnik (m/w/d)

AGRAVIS ist mehr als Trecker & Ernte Die AGRAVIS Techniken sind Teil der AGRAVIS Raiffeisen AG un...
in Angermünde

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit



Pflegefachperson (m/w/d) für die gastroenterologische Station

Wir suchen zum ab sofort in Voll- oder Teilzeit für unser Klinikum in Winnenden eine Pflegefachperson...
in Schwaikheim

vor 2 h

● Weiterbildung / Kantine



Ingenieur - Steuerung & Überwachung Strom- & Gasnetze (m|w|d)

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...
in Taucha

vor 2 h

● Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

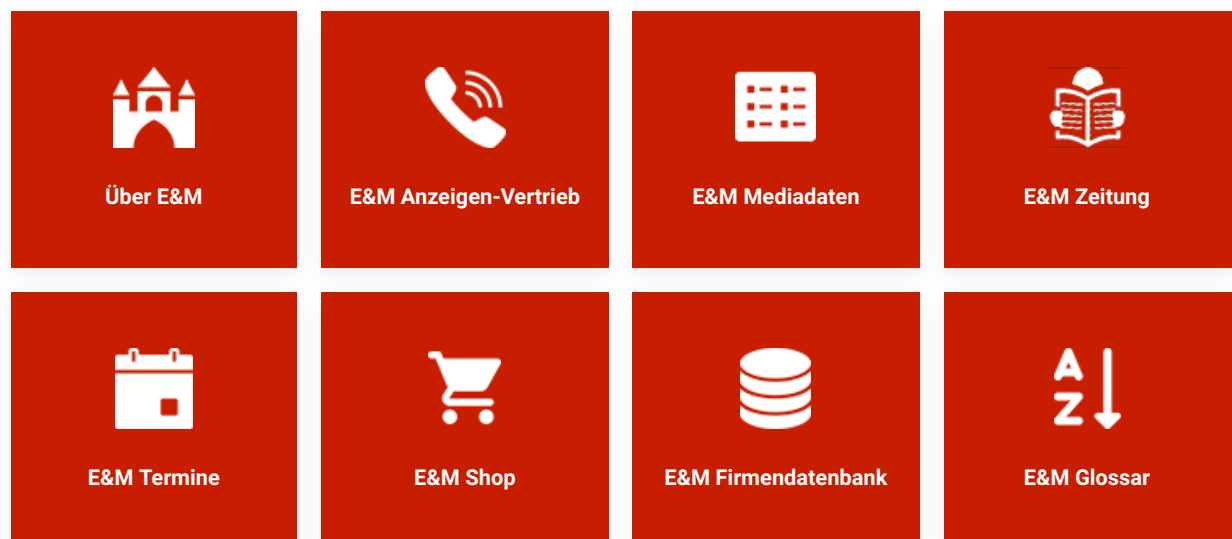


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: